



Interessengemeinschaft
Falkenhöhe 1932
Dr. Sandra Lerche, Am Lindenweg
194
Fred Gans, Am Lindenweg 209
13059 Berlin

**Garten- und Siedlungsanlage
Falkenhöhe 1932 e. V.**
Der Vorstand
Hauptweg 149/150, 13059 Berlin,
E-Mail: [vorstand-
falkenhoehel932@posteo.de](mailto:vorstand-falkenhoehel932@posteo.de)
Amtsgericht Charlottenburg 13921B



Gemeinsame Presseerklärung:

Viele Gespräche mit Politikern sind bereits erfolgt, eine Unmenge an Briefen geschrieben. Die Probleme der Falkenhöher sind im Bezirk bekannt. Dort hat man sich jedoch auf seine kleingärtnerischen Pläne versteift, obwohl die aktuelle Rechtsprechung den Kleingartenstatus für Falkenhöhe 1932 aufgrund der übermäßigen nichtkleingärtnerischen Bebauung und Nutzung verneint.

Falkenhöhe ist daher die unkleingärtnerischste Kleingartenanlage Lichtenbergs – eben weil sie keine Kleingartenanlage ist und die meisten Nutzer auch keine Kleingärtner sein wollen. Sie halten sich seit 1990 einfach nicht an das damals eingeführte Bundeskleingartengesetz – ein gallisches Dorf inmitten des Kleingartenwesens. Falkenhöhe hat Siedlungsstrukturen mit den dazu gehörenden Annehmlichkeiten. Familien leben und wohnen hier seit der Gründung der Anlage, schon seit mehreren Generationen, dauerhaft oder im Sommerhalbjahr in ihren Wohnhäusern und übergroßen Wohnlauben. Dazu gehören auch mehr als 50 Familien, die ihre Grundstücke nach den Regelungen des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes (SachenRBerG) kaufen oder erbaupachten dürften. Diese Rechte resultieren aus dem Einigungsvertrag, um – laut der ehem. Bundesministerin Justiz Frau Zypris – „vor allem auch Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zwischen den Beteiligten (Anm: Land Berlin und Bezirksamt Hohenschönhausen/Lichtenberg sowie den Nutzern der Grundstücke) zu erhalten oder herzustellen.“

Dieser Rechtsfriede war dem Bezirksamt nicht heilig. Noch während die letzten Kauf- und Erbaupachtverträge vom Land Berlin bearbeitet wurden, leitete der Bezirk ein Bebauungsplanverfahren ein (11-103), um die Wirkung des Sachenrechtes auf die verkauften und erbaupachteten Grundstücke wieder aufzuheben. Der Bezirk ignorierte dabei die kleingärtnerischen Bedenken der zuständigen Senatsverwaltung.

Darauf brach sich ein Protest Bahn, der seinesgleichen in Falkenhöhe sucht. Man nahm das Wort Bürgerbeteiligung ernst und reichte über die Interessengemeinschaft eine Stellungnahme zur öffentlichen Auslegung des B-Planverfahrens mit umfangreichen rechtlichen Gegenargumenten, Beschwerde vor dem Beschwerdeausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und 2 Petitionen im Abgeordnetenhaus ein. In Auftritten vor BVV-Ausschüssen, der Bezirksverordnetenversammlung, durch Mitbeteiligung bei Kleinen Anfragen sowie Gespräche mit Politikern der CDU, SPD, Die Linke, B90/Die Grünen haben viele Falkenhöher ihre Ablehnung zum Überstülpen des Kleingartenwesens nach bundesdeutschem Recht kundgetan, die Prüfung des

Kleingartenstatus anhand der aktuellen Rechtsprechung gefordert und Vorschläge zu sozialverträglichen alternativen Entwicklungen gemacht. Auch an der vom Bezirksbürgermeister Grunst gestarteten Bezirkskampagne „Lichtenberg machen“ hat sich Falkenhöhe beteiligt. Alles ohne Resonanz und/oder Wirkung. Eine Einladung des Vorstandes zu einem vor-Ort-Termin schlug Herr Grunst im Juli letzten Jahres ebenfalls aus. Die anfängliche Hoffnung, der Bezirk meine es mit der Bürgerbeteiligung ernst verflügelt schnell. Leider zeichnete sich nach und nach ab, dass dies nur solange galt, wie der Bezirk mit der Zustimmung der Mehrheit der Falkenhöher zu dem eingeleiteten kleingärtnerischen Bebauungsplanverfahren rechnete.

Nachdem sich die Falkenhöher und vor allem die Pächter der angeblichen „Kleingartenparzellen“ (wie 1993 schon einmal) nun auch 2017 und 2018 mit überwältigender Mehrheit gegen die kleingärtnerische und für eine alternative Entwicklung ausgesprochen haben, geht das Drama nun in die nächste Runde. Seit Anfang des Jahres versucht der Falkenhöher Verein vergeblich, einen Gesprächstermin im Bezirksamt zu erhalten. Die bisherigen Anfragen vom 02.01., 22.02., 12. und 21.03 sowie 13. und 21.05. haben bislang zu keinen Gesprächen geführt. Bemerkte hat man das im Bezirk aber schon. Zitat: (BStR Nünthel) „spricht die mehrfache Anfrage des Vorstandes der KGA Falkenhöhe zu einem Runden Tisch an.“ (BA-Protokoll, 21.03.2018). Auf den Termin wartet man in Falkenhöhe noch immer. Anstatt dessen musste der Vorstand der Anlage im BA-Protokoll vom 17.04.2018 lesen, dass der Bezirk auf der Suche nach einem neuen Verwalter ist. Die tatsächliche Verwaltungsarbeit wird traditionell vor Ort im Verein geleistet und die Falkenhöher wollen, dass das so bleibt (Mitgliedsbeschluss Mai 2015). Dass das Bezirksamt andere Pläne hat, wurde dem Verein bisher nicht mitgeteilt.

Die Falkenhöher sind sehr misstrauisch geworden. Mit einer jetzt geplanten neuen „Verwaltung“ könnte der Verein Falkenhöhe ausgebootet werden. Die Vereinsarbeit und damit die gemeinschaftliche Vertretung der Mitgliederinteressen ließe sich so effektiv untergraben. Die Zeit bis zu einer Entscheidung einer anhängigen Klage zum Status der Anlage vor dem Amtsgericht Lichtenberg oder eines höherinstanzlichen Gerichtes könnte vom Bezirk zu einer gezielten Kleingartenkampagne genutzt werden. Dann stünde der Rückbau zahlreicher, auf Abriss stehenden Gebäude im Raum, die außerhalb des Kleingartenwesens nicht entfernt werden müssten.

Die berechtigten Proteste von Falkenhöhern werden parallel ignoriert oder ausgesessen. Die Stellungnahme der Interessengemeinschaft zum B-Planverfahren mit über 260 Unterschriften wird seit Oktober 2015 nicht bearbeitet. Die Beschwerde der IG vor der BVV von Ende 2015 ist nicht abgeschlossen. Trotz anderslautender Aussagen in den Einlassungen des Bezirks zur Petition im Abgeordnetenhaus, werden alternative Entwicklungsvorschläge ignoriert. Die Vota der Mitglieder verklingen, ohne Konsequenzen zu ziehen. Anstatt nach sozialverträglichen Lösungen zu suchen, die in anderen Stadtbezirken funktionieren, wird bezirklich ausschließlich die Anwendung des BKleingG verfolgt.

Insgesamt wird der Ton daher energischer: Die Betroffenen sind an der Nase herumgeführt und falsch informiert worden. Die Aussagen zum Mitspracherecht über das B-Planverfahren oder dass der Bezirk alternativen Entwicklungen gegenüber aufgeschlossen ist (schriftliche Äußerung Bezirksbürgermeister zur Petition im Abgeordnetenhaus) sind bisher Luftnummern. Die Sachenrechtler sind trotz anderslautenden Informationen immer noch nicht aus dem B-Planverfahren herausgenommen. Mit diesem Schritt hätte der Bezirk ein eindeutiges Bekenntnis zu den Regelungen des Einigungsvertrages und daraus entwickelter Gesetzgebung treffen können. Dazu konnte sich das Bezirksamt bisher auch unter einem Bürgermeister der Partei DIE LINKE nicht durchringen.

Viele Falkenhöher sind wegen des Umgangs mit ihnen bitter enttäuscht. Wähler der etablierten Parteien erfahren am eigenen Leibe, wie mit ihrer Bürgermeinung umgegangen wird und fühlen sich im Stich gelassen. In Verein und Interessengemeinschaft herrscht Ratlosigkeit. Mit welcher Begründung, kann man diesen bezirklichen Umgang der SPD über die Bezirksstadträtin Frau Monteiro, der CDU über den Bezirksstadtrat Herrn Nünthel oder Die Linke über den Bezirksbürgermeister Herrn Grunst rechtfertigen? Die AfD geht wie überall auch hier auf Wählerfang. Die Frustration über die Arbeitsweise der oben genannten Parteien ist in der Anlage vorhanden und spürbar. Der Grundstein für Protestwahl ist gelegt. Die AfD bekommt man in Lichtenberg nicht mehr weg, indem man ihr versucht Standplätze bei Bürgerfesten zu verwehren. Die Wähler müssen da überzeugt werden, wo der Schuh drückt. Ignorieren, Aussitzen und Widerstand gegen unbequeme Meinungen entspricht nicht dem Verständnis des demokratischen Mitbestimmungsmittels ‚Bürgerbeteiligung‘.

Über die Interessengemeinschaft wurde daher im März 2018 zu einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema mit Vertretern der Parteien CDU, SPD, Die Linke und B90/Grüne eingeladen. Die CDU und die SPD haben sich daran leider nicht beteiligt. Dafür greifen seither Herr Pohle, Bezirksverordneter (B90/Grüne) und dessen Kollegen Dr. Taschner und Dr. Altug der Anlage zum Thema Bürgerbeteiligung unter die Arme. Gespräche mit Politikern der SPD, der CDU und Die Linke haben bereits stattgefunden und sind bereits auch wieder vereinbart. Wenn sich daraus schnellstmöglich Gespräche auf Bezirksamts Ebene und daraus resultierende Lösungen ergeben, lassen sich Wähler überzeugen.

Der Verein der Anlage Falkenhöhe hat jedenfalls eine Vorstellung; diese wird mehrheitlich von den Mitgliedern und auch von den Sachenrechtlern getragen. Falkenhöhe könnte dabei außerhalb des Kleingartenwesens eine Funktion in der Verknüpfung zwischen Stadt und Land haben. Die kleinteilige Bebauung mit Kleinwohnhäusern könnte auch in Zukunft die traditionelle kombinierte Garten- und Wohnnutzung fortführen. Um soziale Härten abzufedern, hat sich der Verein bereit erklärt, die Verwaltungsarbeit fortzuführen, um die Pachten so niedrig wie irgend möglich zu halten. Der Verein hat zudem beim Verband der Deutschen Grundstücksnutzer eine Mitgliedschaft beantragt. Hier wird man seit der Auslegung des

Bebauungsplanverfahrens mit Rat und Tat begleitet. Durch die hervorragende Unterstützung durch den VDBG sieht sich der Verein Falkenhöhe 1932 für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet.

Dazu zählt, sozialverträgliche Konzepte in die Vereinsarbeit zu integrieren. In dem Pilotprojekt SoGegaFa, welches dem Bezirksamt am 21.03.2018 schriftlich vorgestellt wurde, soll so eine Parzelle als „Gemeinschaftsgarten“ an sozial Benachteiligte über den Verein verpachtet werden. Das würde Personen einen Zugang zu Gartengrün geben, die sich häufig nicht einmal einen Kleingarten leisten können. Funktioniert dieses Konzept, hätte es Vorbildfunktion. So kostet heutzutage beispielsweise in der KGA „Falkenhöhe Nord“ allein die Aufnahme als Pächter 800,00 Euro. Gemeinschaftspartellen könnten hier eine wichtige sozial integrierende Funktion bekommen, um solche finanziellen Hürden zu umschiffen.

Weiterhin verfolgt der Verein Falkenhöhe 1932 (auch durch seine neue Satzung gestützt) eine umweltorientierte Ausrichtung. Dieser Prozess wird langwierig und deshalb wäre nicht zuletzt dort eine enge Zusammenarbeit des Vereins mit dem Bezirk wichtig.

Und so startet man im Verein nun einen zweiten Versuch, den Bürgermeister in die Anlage zu holen: Im April 2018 wurde in den „Rathausnachrichten Lichtenberg“ der Aufruf „Bei Anruf Bürgermeister“ publik gemacht. Der Bürgermeister würde Vereine besuchen, die ihre Ideen, Stärken und Erfolge vorstellen wollen. Man könne auch mitteilen, wo der Schuh drückt. Es ist zu hoffen, dass solch ein Termin bald stattfinden kann. Er ist längst überfällig.

Fred Gans
Interessengemeinschaft

B. Eitner
Vereinsvorsitzender

Dr. Sandra Lerche
Sprecherin IG sowie Gartenfachberatung
und Öffentlichkeitsarbeit Verein

Kontakt für Nachfragen, Terminvereinbarungen etc.:
Dr. Sandra Lerche
E-Mail: vorstand-falkenhoehe1932@posteo.de